

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 90 36/39
Telex: 8 58 846 ppbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, fordert korrekte Zahlen über tödlich verlaufende Berufskrankheiten: Tod durch Arbeit bekämpfen. Seite 1

Renate Schmidt MdB, Stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD, zur geplanten Verlängerung des Wehrdienstes: Skandalöse „Arbeitsmarktpolitik“. Seite 2

Heinke Salisch MdEP, Vizepräsidentin des Ausschusses für Soziale Angelegenheiten und Beschäftigung, zur EG-Strategie gegen Massenarbeitslosigkeit: Delors setzt neue Akzente. Seite 3

Dietmar Franzke MdL zu einem Enteignungsverfahren der Hardthöhe gegen die Katholische Kirche: Vorgang für das Munitions-Depot. Seite 4

Dokumentation
Wortlaut der Rede des AfA-Bundesvorsitzenden, Rudolf Dreßler MdB, auf dem deutsch-sowjetischen Arbeitnehmersdialog der Friedrich-Ebert-Stiftung am Mittwoch in Bonn. Seite 5

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

40. Jahrgang / 208

30. Oktober 1985

Korrekte Zahlen, bitte!

Der Tod durch Arbeit wird nur zu einem Zehntel statistisch erfaßt

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Es gibt mal wieder ein Problem: Diesmal geht es um die vom Bundesarbeitsministerium herausgegebene Statistik tödlich verlaufender Berufskrankheiten.

Das Bundesarbeitsministerium hat 229 Tote im Beruf gezählt, der DGB 2.000, er stützt sich dabei auf die Sterbegeldstatistik.

Ursache des statistischen Streites ist eine Anweisung des Bundesarbeitsministeriums aus dem Jahre 1968. Sie sei dazu geeignet, die tatsächliche Lage zu verharmlosen und sei schlicht unsinnig, meint der DGB. Damit hat er recht.

Es wird Zeit, endlich die Voraussetzung für eine Statistik tödlich verlaufender Berufskrankheiten zu schaffen, die den wirklichen Umfang des Problems widerspiegelt.

Nicht zur Freude der Statistiker, sondern zur Schärfung des Bewußtseins aller am Erwerbsleben Beteiligten und der Politik.

(-/30.10.1985/rs/ks)

+ + +

Vertrieben durch
den Deutschen Buchverleger-Verband



Skandalöse „Arbeitsmarktpolitik“

Zur geplanten Verlängerung des Wehrdienstes

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD

Die bayerische SPD lehnt die von der Bundesregierung geplante und von der CSU lebhaft begrüßte Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate und des Zivildienstes auf 24 Monate entschieden ab.

Für die bayerische SPD gibt es keinen vernünftigen sicherheitspolitischen Grund für einen längeren Wehrdienst. Diese Ansicht hat das Präsidium des SPD-Landesverbandes Bayern mit drei Argumenten belegt:

1. Mit ihren gegenwärtigen Truppenstärken ist die NATO dem Warschauer Pakt deutlich überlegen. Zwanzig auf NATO-Maß umgerechneten Divisionen des Warschauer Pakts stehen zwölf Bundeswehrdivisionen, sechs Heimschutzbrigaden, fünf US-Divisionen und zwei bis drei in der Bundesrepublik stationierte Divisionen der übrigen NATO-Partner gegenüber.
2. Sollte aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge die Sollstärke der Bundeswehr nicht gehalten werden können, ist es in einer hochtechnisierten Armee ohnehin besser, verstärkt Zeit- und Berufssoldaten einzuplanen. Eine zur Friedenspolitik fähige Bundesregierung würde jedoch zunächst den natürlichen Ausfall in die Wiener Verhandlungen über die allgemeine Truppenreduzierung in Europa einbringen.
3. Ein längerer Wehrdienst erhöht noch lange nicht die Qualität der Ausbildung und damit die Sicherheit. Bei dem allseits bekannten „Gammeldienst“ in der Bundeswehr ist es absurd, die Wehrpflichtigen statt 15 Monate künftig 18 Monate „gammeln“ zu lassen.

In Wirklichkeit plant die Bundesregierung die Wehrdienstverlängerung, um sich auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche Luft zu verschaffen. Die bayerische SPD sieht darin eine skandalöse „Arbeitsmarktpolitik“ zu unverantwortlich hohen Kosten und ohne erkennbaren Nutzen. Statt Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher nachhaltig zu fördern, schickt die Bundesregierung die jungen Männer um ein Vierteljahr länger in die „Schule der Nation“, verstärkt damit Bedrohungsgefühle im Osten und erschwert letzten Endes die Wiener Verhandlungen über wechselseitige Truppenreduzierung sowie alle anderen Abrüstungsverhandlungen.

Die Verlängerung des Zivildienstes ist dann nichts anderes als eine weitere Abschreckung für Kriegsdienstverweigerer.

Die bayerische SPD protestiert nachdrücklich gegen die Absichten der Bundesregierung. Von der gesinnungs- und wehrtüchtigen CSU war zu diesen Plänen nichts anderes als Beifall zu erwarten. Dies wird sich wohl auch nicht bei der Beschlußfassung im Bundestag ändern.

(-/30.10.1985/rs/ks)

+ + +



Kooperative EG-Strategie gegen Massenarbeitslosigkeit

Präsident Delors setzt neue Akzente im wirtschaftspolitischen Konzept

Von Heinke Salisch MdEP

Vizepräsidentin des Ausschusses für Soziale Angelegenheiten und Beschäftigung

Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch eine „Kooperative Strategie“ steht als neuer Akzent im wirtschaftspolitischen Konzept der EG-Kommission unter Präsident Delors. Im „Triolog“ der Tarifparteien und Regierungen soll neben Geldwertstabilität und gesteigerter Investitionstätigkeit auch die Binnennachfrage gestützt werden.

Die Kommission hat damit unter Federführung von Alois Pfeiffer, der für Wirtschaft und Beschäftigung ressortiert, zwei neue Komponenten eingeführt, ohne einen Bruch mit der Strategie ihrer Vorgänger zu provozieren.

Sie geht in ihren Überlegungen davon aus, daß mit den Mitteln der reinen Angebots- und Haushaltskonsolidierungspolitik alleine keine Wachstumsraten erreicht werden können, die bis zum Ende dieses Jahrzehnts nachhaltige Beschäftigungswirkungen erreichen.

Immer auf der Basis der Erfahrungen in allen zehn EG-Mitgliedsstaaten sieht die Kommission in der Kombination von Geldwertstabilität, angemessenen Lohnsteigerungen und nachfrageinduzierender Haushaltspolitik eine Wachstumsrate von drei bis 3,5 Prozent als reale Möglichkeit. Sie leitet daraus einen jährlichen Anstieg der Beschäftigung von 1,0 bis 1,5 Prozent ab, wonach bis Ende der Dekade eine Senkung der Arbeitslosenquote um etwa vier Prozent auf insgesamt sieben Prozent erreicht wäre.

Man mag diese Zielwerte mit gemischten Gefühlen betrachten. Entscheidend an dieser Strategiedarlegung ist, daß zum einen die Beschäftigungswirksamkeit einbezogen ist - und zwar nicht allein als Nebenwirkung, wie aus nationalen regierungsoffiziellen Gutachten gewohnt, sondern als Zielgröße - zum anderen die Arbeitnehmer als eine der beiden Tarifparteien als aktive Größe einbezogen sind.

Anders als in der gewohnt rigiden Angebotsorientierung vergangener Kommissionskonzepte werden die Arbeitnehmer nicht allein in die Verzichtecke gestellt und mit der Flexibilisierungskaule bedroht. Die Regierungen werden hier angehalten durch ihre Haushaltspolitik Beschäftigung zu fördern, wohl in der Erkenntnis, daß anhaltende Massenarbeitslosigkeit das soziale Konfliktpotential dramatisch erhöht.

Den Unternehmern legt das Konzept nahe, in den nächsten Jahren erheblich mehr arbeitsplatzschaffende Investitionen zu realisieren. Die marktwirtschaftlichen Komponenten müssen dabei die öffentlichen Hände übernehmen, unter anderem in der Form eines konsequenten Subventionsabbaus, verstärkter Investitionen und der erwähnten Nachfrageinduzierung, etwa in Form der Steuerentlastung der Arbeitnehmer. Zur Steigerung der Binnennachfrage setzt die Kommission zudem auf mäßige aber angemessene Lohnerhöhung.

Bei aller positiven Einschätzung dieser Strategieänderung, kann nicht übersehen werden, daß die Kommission zwar Ansätze zu einer beweglicheren Strategie zeigt, diese jedoch bei weitem nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit rasch und wirksam zu beseitigen. Der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister der französischen Sozialisten, Jaques Delors, und das ehemalige Mitglied des DGB-Vorstandes, Alois Pfeiffer, gehen auf Glas.

(-/30.10.1985/rs/ks)

+ + +



Vorrang für das Munitions-Depot**Bundesregierung leitet Enteignungsverfahren gegen Katholische Kirche ein**

Von Dietmar Franzke MdL

Die Bundesregierung will offenbar mit aller Gewalt den Bau eines Munitionsdepots der NATO durchsetzen. Dabei schreckt sie als Bauherrin dieses „Bauvorhabens zur Landesverteidigung“ im Kröninger Forst bei Landshut nicht einmal vor einer Enteignung von Waldflächen, die sich im Besitz der Katholischen Kirche befinden, zurück. Wie ernst es der Bundesregierung ist - offensichtlich drängt die Zeit, wurde doch der Baubeginn des Munitionsdepots für den Jahreswechsel 1985/86 geplant - belegt ein Schreiben, das ich jetzt als Antwort von der Erzbischöflichen Finanzkammer München erhalten habe.

In seinem Brief teilt der stellvertretende Erzbischöfliche Finanzdirektor Dr. Josef Vieregg mir mit: „Wie wir von dem von uns beauftragten Anwalt erfahren haben, hat die Bundesrepublik Deutschland (Bundeswehrverwaltung) inzwischen die Enteignung von Teilflächen aus dem Waldbesitz der Emeritenanstalt der Erzdiözese München und Freising beantragt.“

Das Munitionsdepot soll - so sehen es die Planungen vor - ein 17 Hektar großes Gebiet umfassen. Errichtet werden sollen ein Gemeinschaftsgebäude mit Wache, Lagerhäuser, Tanks sowie die erforderlichen Straßen und Plätze. Veranschlagt werden dafür etwa zehn Millionen Mark. Aus dem Bundesverteidigungsministerium erfuhren die SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Rudolf Schöfberger und Fritz Gerstl weiter, daß für den Betrieb der Munitionsdepotanlage, in der im wesentlichen „ruhende Bestände“ gelagert werden, zwei Soldaten und insgesamt 14 zivile Mitarbeiter (ohne Bewachungspersonal) eingesetzt werden sollen. Baubeginn soll Ende 1985/Anfang 1986 sein, der Abschluß der Bauarbeiten ist für die zweite Hälfte 1988 geplant.

Für mich sind diese Planungen heller Wahnsinn - und zwar aus zwei Gründen: Zum einen würde mit diesem Depot ein Loch in das größte zusammenhängende Waldgebiet im westlichen Niederbayern gerissen, zum anderen reichert sich hier ein riesiges Gefahrenpotential an, da die Kernkraftwerke in Ohu und Niederaichbach nur etwa sieben Kilometer entfernt sind. Da zudem nicht ausgeschlossen werden kann, daß in diesem NATO-Munitionsdepot auch atomare Sprengköpfe gelagert werden, würde hier ein atomares Pulverfaß auch in Friedenszeiten entstehen.

Der Protest gegen die geplante Anlage ist breit. Widerstand kommt nicht nur von der SPD, sondern auch von der Friedensinitiative Landshut, vom Bund Naturschutz, vom Katholikenrat Landshut, vom CSU-Oberbürgermeister Josef Deimer, von vielen Bürgern. Und auch von der Erzbischöflichen Finanzkammer, die erklärt hat: „Dieser Waldbestand wurde erworben, um die forstwirtschaftlichen Erträge dem Anstaltszweck zur Verfügung zu stellen.“ Auch gegenüber dem Bund Naturschutz machte die Finanzkammer kein Hehl aus ihrer Einstellung: „Das Anliegen der Erhaltung des Waldes wird von uns geteilt.“

An die Bundesregierung richte ich die Aufforderung, die Bundeswehrverwaltung zurückzupfeifen: Dieses Munitionsdepot will bei uns niemand, es bringt in hohem Maße zusätzliche Gefährdungen und es zerstört Natur.

(-/30.10.1985/rs/ks)

+ + +



nicht durch die Weitergabe technisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse einen Beitrag dazu leisten würden, schonender und effizienter mit Rohstoffen und Energie, aber auch mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgehen zu können.

Es gibt für uns nicht nur einen gemeinsamen Frieden, sondern auch in einem globalen Sinne gemeinsame Rohstoffe, gemeinsame Energiereserven, eine gemeinsame Luft. Schon an dieser Stelle gibt es ein gemeinsames Interesse der Arbeitnehmer in unseren Ländern. Und hier stoßen wir bereits an Grenzen. Wer die 800-Seiten-Arbeit des Pentagon liest, in der die sogenannten militärisch-kritischen Güter aufgeführt sind, der findet nahezu alle entwickelten Industriegüter.

Die Idee von Cocom ist, Waffenexporte in den Osten zu verhindern. Die Idee des Cocom ist nicht, den Ost-West-Handel zu torpedieren. Das Verhindern von Waffenexporten ist wegen der Konkurrenz der Systeme verständlich. Der Handel mit westlichen Industrieländern ist auch für den Osten von Vorteil. Die Bundesrepublik ist ein Land, das kaum Handel mit Rohstoffen treiben kann; aber mit Technologie, auch mit hochentwickelter. Wir sind für die UdSSR ein interessanter Partner.

Bei der Überprüfung der Cocom-Liste ist dieser Situation Rechnung zu tragen - mit dem Ergebnis, daß nicht jedes Gut, das auch Bestandteil militärischer Ausrüstung werden könnte, als Handelsgut verboten wird.

Für uns gilt, was in der Schlußakte von Helsinki verpflichtend verabredet wurde: Der Handel soll auf möglichst breiter multilateraler Ebene entwickelt werden. Handelshemmnisse sind schrittweise abzubauen. Unsere Sicherheit kann nicht allein mit militärischen Mitteln gesichert werden, sondern wir brauchen Entspannung und Verständigung, entsprechend dem Harmel-Bericht, als weitere Komponente. Wir sind für Entspannung und Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil. Das ist seit dem Harmel-Bericht Grundlage der NATO-Politik. Davon weichen wir nicht ab.

Bei Fragen des Technologietransfers geht es eben nicht nur um eine politische Auseinandersetzung zwischen Ost und West, sondern auch um ökonomische Auseinandersetzungen zwischen den westlichen Industrienationen. Diese Probleme zu lösen, ist allerdings vordringlich unsere Aufgabe.

Es gibt allerdings auch Probleme, die wir gemeinsam lösen müssen beziehungsweise bei denen es auch auf Beiträge von Ihnen ankommt. Diese sind zum Teil nicht von gravierender ökonomischer Bedeutung, schaffen jedoch - oder verhindern - das notwendige Klima für die Normalisierung des Ost-West-Handels. Lassen Sie mich ein Beispiel aufführen, das Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland nicht unbedingt dazu animiert, Hoffnungen in den Ost-West-Handel zu setzen: Nach allen Informationen, die uns vorliegen, gibt es noch immer knappe Transportkapazitäten in Ihrem Land. Wenn dann heute LKW's, die aus der Bundesrepublik Deutschland geliefert wurden, auf unseren Autobahnen auftauchen und inländischen Transportunternehmen bei nationalen Transportgeschäften Konkurrenz machen, dann ist das wenig hilfreich.

In meiner Abschlußerklärung vor einem Jahr in Moskau hieß es: „Die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Abbau von Behinderungen ist konstituierender Teil der Entspannungspolitik.“ An dieser gemeinsamen Position gibt es auch nach den vergangenen Tagen nichts zu verändern. Die Sozialdemokraten werden das ihnen mögliche tun, um zu einer neuen Phase der Entspannungspolitik zu kommen. Und dazu gehört für uns auch der Ausbau des Handels, der beiden Seiten Nutzen bringt, der auf möglichst günstige Rahmenbedingungen angewiesen ist.

Ihre Aussagen zu diesem Bereich machen Hoffnung auf positive Signale. Unsere Aufgabe in der Bundesrepublik Deutschland ist es, dafür zu sorgen, daß diese Signale aus der Sowjetunion konstruktiv aufgenommen werden und daß unser Land ein verlässlicher Handelspartner bleibt. Dazu gehört die Entpolitisierung der Ost-West-Handels-Probleme und die Hilfe für unsere Unternehmen.

Im Verlauf unserer Gespräche wurde deutlich, daß tiefere wirtschaftliche Verbindungen auch mehr menschliche Begegnungen nach sich ziehen. Ich könnte mir vorstellen, daß es Programme zur wirtschaftlich-technischen Qualifizierung und zum wissenschaftlich-technischen Meinungsaustausch geben muß, und es ist sicher auch ein interessanter Gedanke für Gewerkschaften, die Kontakte zwischen Belegschaften solcher Unternehmen, die zusammenarbeiten, zu vertiefen.

(-/30.10.1985/rs/ks)

+ + +

